Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel. 0174/336 43 34
E-Mail: joachim.bischoff
@linksfraktion-hamburg.de

Abgeordnetenbüro:
Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg

Privat:
Schmilinskystr. 15
20099 Hamburg

Hamburg, den 22.10.2010

Persönliche Erklärung zum beantragten Ausschluss aus dem PUA HSH Nordbank

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur HSH Nordbank ist der Vorwurf erhoben worden, dass ich gegen die gesetzlich eingeforderte Verschwiegenheit verstoßen hätte.

Formaler Anlass dafür ist das gestern während einer Pressekonferenz vorgestellte, neu erschienene Buch mit dem Titel „Tatort HSH Nordbank“ (Verfasser: Joachim Bischoff, Knut Persson, Norbert Weber) sowie ein zur Vorbereitung auf die heutige PUA-Sitzung verteiltes „Dossier“.

In der Skandalbank HSH haben die Aufsichtsräte am 21. Oktober 2010 über neuerliche Spitzelaffären beraten. Nach Presserklärungen ist ein Ende in diesem Hamburger Tollhaus nicht absehbar. Die Opposition (DIE LINKE und SPD) verweist immer wieder darauf, dass die Entwicklung nicht länger hinnehmbar ist und fordert die Hamburger Regierungskoalition auf, als Miteigentümerin der Bank für eine Beendigung dieser bankinternen Schlammschlacht einzutreten.

Strittig ist auch, was denn der Ausgangspunkt der Entwicklung zur Zocker- und Skandalbank war. Die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Hamburg und Kiel versuchen seit weit über einem Jahr aufzuhellen, inwieweit die massive Schieflage der HSH Nordbank nur eine Folge der schweren Finanzmarktkrise seit dem Herbst 2009 ist oder wie weit eben auch hausgemachte Fehlentwicklung zu diesem Beinahe-Konkurs beigetragen haben. Auch bei der Staatsanwaltschaft sind Ermittlungsverfahren gegen die Bank anhängig. Dabei geht es nicht nur um mögliche Pflichtverletzungen von Vorstandsmitgliedern, sondern auch um solche von Aufsichtsratsmitgliedern. Im Hamburger PUA wird in diesem Zusammenhang heute das frühere Aufsichtsratsmitglied, der frühere Finanzsenator Michael Freytag, angehört.

Die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) brachte am 21. Oktober 2010 den weitverbreiteten Eindruck auf den Punkt: Das frühere Aufsichtsratmitglied Freytag sei zweifellos gescheitert und „diesem Versagen hat er eine eigene Formel gegeben... Die HSH Nordbank ist im Kern gesund. Das sagte Freytag noch im Herbst 2008“ (SZ vom 21.10.2010, S. 20).

Ich habe in dem o.a., gestern verteilten Vorbereitungspapier u.a. einige Passagen angeführt, die

1. belegen, dass Herr Freytag noch am 26. Juni 2008 im Haushaltsausschuss diese Auffassung vertreten hat.
2. Ich habe mich weiter auf die Aussagen des früheren Wirtschaftsministers Marnette bezogen, der von einer bewussten Desinformation der verantwortlichen PolitikerInnen in Kiel und Hamburg ausgeht.

Meine These ist, dass Herr Freytag bereits Ende 2007 über die massiven Liquiditätsprobleme und die sich ausweitende Krise der HSH informiert war, aber erst lange nach der Bürgerschaftswahl (Februar 2008) und der Kapitalerhöhung im Juni 2008 den Aktionären und der Öffentlichkeit reinen, also höchst sauren Wein einschenkte.

Es geht in diesem Zusammenhang um politische Wertungen und keine Ausbreitung von Geschäftsgeheimnissen. In unserer kleinen Studie zur HSH haben wir uns lediglich auf öffentlich zugängliche Daten über diese Bank (Geschäftsberichte etc.) gestützt und keine der Verschwiegenheit unterliegenden Vorgänge herangezogen.

Die Überprüfung meiner Veröffentlichungen durch den Arbeitsstab wurde vom Vorsitzenden Krüger veranlasst ohne mich zuvor zu informieren oder anzuhören. Ich soll offensichtlich mundtot gemacht werden, als Kritiker unhaltbarer Strukturen und Entscheidungen auf undemokratische Weise ins Abseits gestellt und von der weiteren Aufklärung dieser Verhältnisse ferngehalten werden.

Ein Herr Nonnenmacher und auch Herr Freytag konnten und können sich offenbar erlauben, was sie wollen. Ihre Verantwortung für das Milliarden schwere Desaster, das den Hamburger Haushalt massiv belastet, soll vor der Öffentlichkeit kaschiert werden. Wer dagegen Licht in die trüben Verhältnisse bringen will, erfährt den geballten Widerstand einer mit diesen Figuren vielfältig verwobenen Senatskoalition.

Vereinzelt mich auf Akten zu beziehen, ohne dabei Geschäftsgeheimnisse der HSH Nordbank preiszugeben, verstehe ich als einen notwendigen Schritt, die Öffentlichkeit über die Verantwortung und das Gebaren einer führenden Person zu informieren. Dies geschah auch deswegen, weil sich der PUA im vergangenen Jahr oftmals als nur recht stumpfes Schwert mit mangelnden Kompetenzen erwiesen hat. Noch immer werden den PUA-Mitgliedern einzelne Akten vorenthalten, sind bestimmte Passagen in gelieferten Unterlagen geschwärzt, wird oftmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit getagt, mussten wiederholt Erklärungen unterzeichnet werden, nicht zu viel von den Informationen preiszugeben. Wie aber soll die an der Aufklärung interessierte Öffentlichkeit – es geht hier schließlich nicht um ein banales Kavaliersdelikt, sondern um eine systematische Kaschierung von zentralen finanzpolitischen Aspekten mit erheblicher, ja dramatischer Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit letztlich der ganzen Stadt – umfassend in Kenntnis gesetzt werden, wenn immer wieder Grenzen gesetzt wurden und die Regierungsparteien (vor allem die CDU) im Grunde ihr Desinteresse an einer vernünftigen Aufklärung und den nötigen Konsequenzen deutlich machten? Übrigens ganz ähnlich wie im PUA Elbphilharmonie, wo ein CDU-Abgeordneter keine Möglichkeit auslässt, kritische Fragen zu torpedieren und deren Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit permanent in Frage stellt.

Ich bleibe dabei: Ich habe keine „Betriebsgeheimnisse“ verraten oder jemanden persönlich „angeschwärzt“. Ich habe vielmehr meinen Auftrag als Bürgerschaftsabgeordneter ernst genommen, Licht in die verschlungenen, dunklen Transaktionen der HSH Nordbank zu bringen. Dies habe ich immer auch als eine zentrale Aufgabe verstanden, der interessierten Öffentlichkeit zu signalisieren, dass Kritik an desaströsen Verhältnissen in einer demokratischen Gesellschaft auch zu persönlichen, politischen und strukturellen Veränderungen auf verantwortlicher Seite führen muss und kann. Sollte dies alles nicht geschehen - und die Vorwürfe der Koalition gegen mich scheinen das zu belegen - wird dies der skeptischen Haltung von Teilen der Bevölkerung gegenüber dem Parlament im Allgemeinen und dem PUA im Besonderen neue Nahrung verschaffen.

Dr. Joachim Bischoff,
MdHB, Fraktion DIE.LINKE

Pressemitteilung

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Pressestelle

Kreuzweg 7
20099 Hamburg
t: 040-3892164
f: 040-43 09 70 28
presse@die-linke-hh.de

Hamburg, den 24. Oktober 2010

Tatort HSH Nordbank:
LINKE Opposition soll zum Schweigen gebracht werden

Die HSH Nordbank kommt nicht aus den Schlagzeilen. Im Vordergrund standen in den letzten Wochen die z.T. mit krimineller Energie betriebenen Schlammschlachten innerhalb des Managements der Landesbank. Jetzt ist herausgekommen, dass eine private Sicherheitsfirma im Auftrag der HSH Spitze unliebsame PolitikerInnen bespitzelt haben soll.

Diese umtriebigen Machenschaften des HSH Managements stehen im grellen Kontrast zur tatsächlichen wirtschaftlichen Situation der Landesbank. Schon bisher ist allein für Hamburg (über Abschreibungen) ein Schaden von über drei Mrd. Euro entstanden. Die möglichen Gesamtverluste für Hamburg und Schleswig Holstein addieren sich auf mehr als 30 Mrd. Euro.

Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (PUAs) in Hamburg und Kiel sollten klären, wer für diese desaströse Entwicklung der Landesbank die Verantwortung trägt. Die HSH Nordbank hat diese Untersuchung bisher mehr behindert, denn durch korporatives Verhalten befördert. Heerscharen von Anwälten und anderen Spezialisten sind damit befasst, zu klären, wie man den PUAs möglichst wenig Informationen zukommen lassen kann. Allein LINKE und SPD haben durch ihre akribische Arbeit bisher verhindert, dass aus dem PUA ein völlig stumpfes Schwert geworden ist.

Nun droht aber auch hier der Gegenschlag: Am selben Tag, an dem die Länder Hamburg und Schleswig Holstein dem Management der HSH in der Spitzelaffäre einen erneuten Freibrief ausgestellt haben, droht der Vorsitzende des Hamburger Untersuchungsausschusses Krüger (CDU), Joachim Bischoff, der für die Linksfraktion im Untersuchungsausschuss arbeitet, den Ausschluss an. Grund: Bischoff habe in dem von ihm mit herausgegebenen Buch „Tatort HSH Nordbank“ und in einem im Internet veröffentlichten Dossier gegen Verschwiegenheitsregeln des Untersuchungsausschusses verstoßen.

Für Rückfragen: Martin Wittmaack, 0176-600 22 592
presse@die-linke-hh.de

Joachim Bischoff hat in einer persönliche Erklärung dazu Stellung genommen: *„Die Überprüfung meiner Veröffentlichungen durch den Arbeitsstab wurde vom Vorsitzenden Krüger veranlasst ohne mich zuvor zu informieren oder anzuhören. Es gibt keine Belastung der Arbeit des Ausschusses.... Ich habe keine ‚Betriebsgeheimnisse' verraten oder jemanden persönlich ‚angeschwärzt'. Ich habe vielmehr meinen Auftrag als Bürgerschaftsabgeordneter ernst genommen, Licht in die verschlungenen, dunklen Transaktionen der HSH Nordbank zu bringen. Dies habe ich immer auch als eine zentrale Aufgabe verstanden, der interessierten Öffentlichkeit zu signalisieren, dass Kritik an desaströsen Verhältnissen in einer demokratischen Gesellschaft auch zu persönlichen, politischen und strukturellen Veränderungen auf verantwortlicher Seite führen muss und kann."*

Die vollständige persönliche Erklärung von Joachim Bischoff befindet sich ebenso im Anhang wie die Kurzfassung der thematisierten Studie „Tatort HSH" und das Dossier „Senator Freytag und die HSH Nordbank".

Für die Partei DIE LINKE erklärte **Bernhard Müller**, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstands: *„Die Ausschlussdrohung gegen unseren Bürgerschaftsabgeordneten Joachim Bischoff, der einer der engagiertesten Streiter für die Aufklärung des Skandals um die HSH Nordbank ist, macht einmal mehr deutlich, was der schwarz-grüne Senat auf jeden Fall verhindern will: die Offenlegung der politischen wie persönlichen Verantwortlichkeiten für den größten Finanzskandal in Hamburgs Nachkriegsgeschichte, für den letztlich die SteuerzahlerInnen gerade stehen müssen. Dafür werden die BürgerInnen der Stadt jetzt durch das Rotstiftpaket des Senats zur Kasse gebeten: durch weniger Weihnachtsgeld für die BeamtInnen, die Schließung von Bücherhallen, Jugendzentren und Museen, weniger soziale Dienstleistungen und Arbeitsmarktpolitik, höhere Gebühren etc..*

Mit der Blockade politischer Aufklärung in Sachen HSH Nordbank und der Abwälzung der Krisenlasten auf die Mehrheit der BürgerInnen der Stadt weist die schwarz-grüne Koalition der Demokratie einen Bärendienst: Sie verschafft der skeptischen Haltung von Teilen der Bevölkerung gegenüber dem Parlament im Allgemeinen und dem PUA im Besonderen neue Nahrung."

Dossier

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Hamburg, 21. Oktober 2010
Zu PM #494

Senator Freytag und die HSH Nordbank“

Die LINKE
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 22.10 2010
Bischoff/Persson/Weber
Zeugenbefragung

- Michael Freytag, geb. 4.05.1958 in Hamburg
- 1991 bis 2001 Mitarbeiter der Deutschen Bank, Firmenkundengeschäft
- 1991 bis 2010 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
- 2001 bis 2004 Fraktionsvorsitzender CDU
- 2004 bis 2007 Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg
- 2007 bis 2010 Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg
- Im Aufsichtsrat der HSH-Nordbank vom 07.02.2007 bis 01.07.2009
- Hier zusätzlich Mitglied des Präsidialausschusses, Teil des Aufsichtsrates der HSH ab 08.03.2008 (Beschluss vom 10.12.2007)

In seiner Funktion als Aufsichtsratsmitglied der HSH Nordbank begleitete er die kritische Phase der Bank, die spätestens Mitte 2007 mit dem Ausbruch der Subprime-Krise in den USA begann.

- als gelerntem Banker hat er die Entwicklung der Bank bemerkt, so dass er am 24.August 2007 in einem Schreiben, adressiert an den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Wolfgang Peiner, sein Recht als AR-Mitglied einforderte, Prüfungsberichte aus dem Prüfungsausschuss sowie die Berichte aus dem Risikoausschuss vorgelegt zu bekommen, die „**für die Einschätzung der Risikolage der Bank von Bedeutung sind**“ (Zitat aus dem Anforderungsschreiben Freytag an Herrn Dr. Peiner)

Nach einigem Hin- und Her schrieb die HSH Nordbank am 4.September 2007 Herrn Senator Freytag über Frau Laubach, dass Herr Freytag nunmehr die erbetenen Unterlagen übersandt bekommt. Als erste Lieferung erhielt er lt. mail der Bank vom 4.09.2007 den Risikobericht der Bank per 30.06.2007

Vertretung in der Pressestelle bis 24. Oktober 2010
Kontakt: Roman Denter, Telefon 040 / 42 831 2445, Mobil 0163 / 361 34 04, Telefax 040 / 42 831 2255, pressestelle@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Frage: Offenkundig war es nicht selbstverständlich allen AR-Mitgliedern diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen?

- Somit war Senator Freytag ab September 2007 umfassend über die Lage der HSH Nordbank, und zwar einschl. des rückwirkenden Risikoberichts per 30.06.07, informiert.
- Es wird weiter erhebliche Abschreibungen auf die Wertpapiere des CIP geben
- Als zwingende Ziel verbleibt daher weiterhin dringlich eine Verbesserung der Kapitalquoten, um ein Downgrade und eine damit verbundene grundsätzliche Hinterfragung des Geschäftsmodells zu vermeiden

Fragen : Hat Herr Freytag die Berichte des Risikoausschusses zur Kenntnis genommen aus der Sitzung vom 30.6 und 12.12.2007?

Vor allem den Bericht zur Situation der Bank in 2007:

Die Subprime-Krise hatte bereits nach Deutschland übergegriffen, involvierte Banken hatten ihre liebe Not, sich ausreichend weiter ausfinanzieren zu können. Insbesondere die HSH Nordbank hatte das Zinsmargengeschäft bis zum Äußersten ausgereizt, so finanzierte man sich über den Geldmarkt (kurzfristige Mittelbeschaffung bzw. – Herkunft, teilweise täglich fällig) um am langfristigen Kapitalmarkt Wertpapiere, hier insbesondere verbriefte Kreditportfolien (Mittelverwendung) kaufen zu können. An diesen sogenannten Kreislaufgeschäften verdiente die HSH Nordbank in „guten Zeiten“ ausgenommen prächtig, alle Beteiligten wie Banker, Aufsichtsrat, Aktionäre waren schlichtweg begeistert. Die Gier zwang zu immer riskanteren und voluminöseren Transaktionen. Im Verhältnis zur Bilanzsumme hatte die HSH viel zu viel in diese Kreislaufgeschäfte investiert. Dieses war allen, insbesondere dem ehemaligen Deutschbanker Freytag, bekannt. Herrn Senator Freytag spätestens ab dem Zeitpunkt der umfassenden Informationen ab September 2007.

Die HSH Nordbank hatte bereits Mitte bis Ende 2007 massive Liquiditätsprobleme, Wertberichtigungen und Abschreibungen auf den riesigen Wertpapierbestand drohten in riesigen Ausmaßen.

Zudem waren die Papiere in Zweckgesellschaften ausgelagert worden, um die Eigenkapitalrichtlinien umgehen und auf Bundesebene einhalten zu können.

Trotz seines umfassenden Hintergrundwissens über den Ernst der Lage ließ es sich Senator Freytag nicht nehmen, die Bürgerschaft und die Öffentlichkeit mit Phrasen zu beruhigen, .

in der AR-Sitzung wird Senator Freytag mit dem Ernst der Situation konfrontiert

:

AR- Protokoll vom 5.09.07:

„Herr Senator Freytag machte deutlich, dass für ihn eine transparente und vollständige Kommunikation hohe Priorität genieße.“

Frage: hat diese Prioritätensetzung einen Hintergrund ?

An der Sitzung des AR im Dezember nahm Senator Freytag nicht teil

Frage: Hat er nachträglich das Protokoll und die Lage der Bank zur Kenntnis genommen ??

Es geht vor dem Hintergrund

- Anhaltende und sich ausweitende Finanzkrise
- Den Schwierigkeiten der Liquiditätsversorgung
- Der Blockade bei der Rückführung des CIP
- Drohender downgrade

um die Verschiebung des Börsenganges IPO und die Erhöhung des Eigenkapitals

Werner Marnette hat in der öffentlichen Sitzung des PUA Schleswig-Holstein am 4.Oktober erklärt:

„Peiner, Wiegard und Freytag und auch die Ministerpräsidenten der Länder wollen bis heute offenbar nicht realisieren, dass sich bereits seit Herbst 2007 die Ereignisse förmlich überschlugen. Es wird weiterhin standfest die Alibimeinung vertreten , dass nur der Zusammenbruch von Lehman Brothers Mitte September 2008 am Desaster der HSH Nordbank schuld sei…Viel früher, aber spätestens Mitte/Ende 2007 hätten Aufsichtsrat und Vorstand massiv gegensteuern können und müssen…“

AR-Protokoll vom 7.03.08:

„ Herr Senator Freytag ergänzt, dass sich alle Anteilseigner zur Bank bekannt hätten. Der Wille zur Mehrheit der öffentlich-rechtlichen Anteilseigner sei unterstrichen worden. Die Situation sei insbesondere für Hamburg derzeit nicht einfach. Es gebe derzeit keinen handlungsfähigen Senat. Die Bürgerschaft werde sich erst in der nächsten Woche konstituieren. Die Bank sei eines der wichtigsten Assets der Freien und Hansestadt Hamburg, das über viele Jahrzehnte aufgebaut worden sei. Es sei nicht einfach gewesen, die Erklärung zu unterschreiben und die unterschiedlichen Bedürfnisse in Einklang zu bringen. Es spreche für das Vertrauen in die Bank, dass die Unterzeichnung heute gelungen sei.“

Erklärung im Anhang

Weiter AR-Protokoll vom 7.03.08:

„ Herr Senator Freytag rät der Bank dringend, bei der anstehenden externen Kommunikation eine größtmögliche Transparenz insbesondere bei den Wertberichtigungen an den Tag zu legen und zu verdeutlichen, dass die Bank erfolgreich sei, schwarze Zahlen trotz der Subprimekrise schreibe und eine Dividende zahle. Schädlich sei aus seiner Sicht eine scheibchenweise Kommunikation. Insbesondere für die öffentlich-rechtlichen Eigentümer sei der Hinweis wichtig, dass die vorgenommenen Abschreibungen keine realisierten Verluste darstellten und die Mittel aus den öffentlichen Haushalten für die anstehenden Kapitalmaßnahmen nicht benötigt werden, dass die

Stärkung des Eigenkapitals der Bank vorgezogen würde aufgrund der Verschiebung des IPO (Börsenganges). Er begrüßt die Bereitschaft von Herrn Berger, die vorgesehenen Kapitalmaßnahmen in den parlamentarischen Gremien und Parlamenten sowie den Mandatsträgern zu erläutern."

AR-Protokoll vom 19.05.08:

„Herr Senator Freytag würdigt, dass die Bank im Vergleich zu anderen Banken – dies gelte insbesondere für die Landesbanken – im operativen Geschäft erfolgreich sei, schwarze Zahlen schreibe und die Dividende bediene. Dies sei insbesondere für die öffentlichen Eigentümer eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung der geplanten Kapitalmaßnahmen. Die regionale Verwurzelung spiele eine wichtige Rolle. Die Marktführerschaft im Geschäftsfeld Shipping zeige, dass die Bank im Vergleich mit anderen Banken über herausragende Positionen verfüge. Auch diese Positionierung erleichtere es den Anteilseignern, in schwerer See zur Bank zu stehen."

Frage: auf welche Fakten stützte Senator Freytag diese Einschätzung, dass die Dividendenfähigkeit gewährleistet ist ?

Ähnlich Wiegard im Landtag von SH am 23.4.2008

„Diese Bank ist gut aufgestellt..sie hat alle Risiken auffangen können und-...führt die Dividende..ab."

Im Jahr 2007 ging das Betriebsergebnis von 976 Millionen € auf 148 Mio. € zurück; die Eigenkapitalrendite sank auf 2,9 Prozent

Am 26.6.2008 stand die Kapitalerhöhung im Haushaltsausschuss zu Debatte

Basis war die Drucksache 19/423

Laut Protokoll warb der Senat , vertreten durch Senator Freytag für eine Kapitalerhöhung, die Bank ein sei attraktives Investment . Sie habe sich erfolgreich in dem skizzierten Marktumfeld behauptet, die Belastungen aus dem Credit-Investment-Portfolio seien vergleichsweise moderat, das Portfolio sei sehr transparent und könne auch von außen gut beurteilt werden. Es gebe Maßnahmenpakete zur Verbesserung und Steuerung der Liquidität sowie der Profitabilität und die Kapitalmaßnahmen schlössen eine strategische Kapitallücke für das wachsende Geschäftsmodell der HSH Nordbank.

Angesicht des Zusammenbruches von IKB und Sachen LB etc. der weitgehenden Einstellung de Neugeschäftes, großer Wertberichtigungen und massiver Liquiditätsproblehme wurde seitens von Senator Freytag für eine Kapitalerhöhung geworben, die HSH Nordbank stehe im Vergleich zu anderen öffentlichen Bankinstituten wirtschaftlich deutlich besser das, ein gewinnbringendes operatives Geschäft betreibe und die Dividendenzahlungen an die Gesellschafter, also auch die Freie und Hansestadt Hamburg, in vollem Umfang stattfinde. In den Jahren 2003 bis 2007 habe die HSH Nordbank an die Freie und Hansestadt Hamburg Dividendenzahlungen in Höhe von 600 Millionen Euro ausgezahlt. Diese Gelder investiere die Freie und Hansestadt Hamburg in den Hamburger Staatshaushalt und sie trügen positiv zur Haushaltsbilanz bei. Wegen dieses positiven Geschäftsbilds der Bank wolle die Freie und Hansestadt Hamburg zur Kompensation des verschobenen Börsenganges in die Kapitalsteigerung der HSH Nordbank investieren, um weiterhin von den Erträgen der Bank zu profitieren und die Zeit bis zum Börsengang der Bank gewinnbringend zu überbrücken.

Die Senatsvertreter erklärten hinsichtlich der nachgefragten Zinserträge und Dividen-den, aus den gewandelten Instrumenten, die als Stammaktien jetzt nur noch normal dividendenberechtigt seien,

fließe zunächst einmal ein Ertrag, der für sich gesehen marktgerecht sei. Es könne allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass die hohen Zinserträge, die es auf die stillen Einlagen gegeben habe, in entsprechender Höhe als Dividendenerträge wiederholt werden könnten. Dafür seien die Instrumente zu unterschiedlich gestaltet und nicht vergleichbar. Ihrer Ansicht nach sei diese Maßnahme trotzdem sinnvoll, weil mittel- bis langfristig sowohl die HGV als auch gesamt-haft die Stadt in eine Position hineinwachsen würde, bei der zum einen die Erträge dann ein attraktives Niveau erreicht haben würden und zum anderen auch der Ver-mögenswert in seiner Entwicklung mit in die Betrachtung einbezogen werden müsse. Sie gingen davon aus, dass sich der Kurswert der Anteile positiv entwickeln werde.

Senator Freytag war sich über die große Bedeutung der durchgesetzten Kapitalaufstockung bewusst.:

AR-Protokoll vom 5.09.08:

„ Herr Senator Freytag führt aus, dass die Gesellschafter im Rahmen der kürzlich erfolgten Kapitalmaßnahmen der Bank in erheblichem Umfang frisches Kapital zur Verfügung gestellt hätten. Dies sei ein wichtiger Beitrag für die Bestätigung des Ratings gewesen. Nun könne man davon ausgehen, dass die Finanzmarktkrise deutlich länger als ursprünglich angenommen andauere. Da die Gesellschafter keine weitere Kapitalzuführung leisten könnten, müssten nun interne Maßnahmen der Bank greifen. Herr Senator Freytag hebt hervor, dass die HSH Nordbank aufgrund ihrer operativen Ertragskraft bisher keine Verluste habe ausweisen müssen. Dies sei nicht selbstverständlich in der Bankenlandschaft. Das aktive Einleiten von Maßnahmen durch den Vorstand sei positiv. Aus Sicht der Gesellschafter sei der Erhalt der Dividendenfähigkeit von hoher Bedeutung. Die FHH sei davon überzeugt, dass die HSH Nordbank eine wichtige Funktion in ihrer Kernregion Schleswig-Holstein und Hamburg einnehme. Ihre exzellente Marktstellung habe sich die Bank über Jahrzehnte aufgebaut. Zur Absicherung dieser Positionierung sei nun das Eingreifen von geeigneten Maßnahmen erforderlich. Herr Senator Freytag macht deutlich, dass ihn der Arbeitsplatz-Abbau schmerze. Die Sozialverträglichkeit dieser Maßnahme sei zu gewährleisten, Betriebsbedingte Kündigungen seien soweit möglich auszuschließen. Er betont noch einmal, dass die Entscheidung und der Zeitpunkt zur Einleitung dieses umfangreichen Maßnahmenpaketes richtig seien. Das Maßnahmenpaket sei eine weitere Überbrückungsmaßnahme bis zur Stärkung der Kapitalbasis im Rahmen eines möglichen IPOs.“

Frage: war das gewichtige Argument für die Zustimmung zur Kapitalerhöhung die Dividendenfähigkeit?

Und weiter am 5.09.08:

„ Herr Senator Freytag macht deutlich, dass die FHH hinter der Bank stehe. Die Verurteilung der Landesbanken in der Presse sei nicht angebracht, da die privaten Banken identische Probleme in dieser Krisenphase hätten. Die HSH Nordbank sei ein wichtiges Element der Unternehmensbeteiligungen der FHH und im Parlament gebe es große Solidarität für die HSH Nordbank. Nach den erfolgten Kapitalmaßnahmen der Aktionäre sei nun die Bank aufgefordert, Maßnahmen einzuleiten. Dabei sei die Sozialverträglichkeit besonders zu berücksichtigen. Die einzuleitenden Maßnahmen sicherten die Dividendenfähigkeit der Bank und nur eine dividendenfähige Bank sei eine erfolgreiche Bank. Zum vorgelegten Maßnahmenpaket gebe es keine Alternative. Er fordert den Aufsichtsrat auf, im Interesse der Bank das Maßnahmenpaket zu unterstützen und die Krise gemeinsam zu bewältigen.

Die Zitate von Freytag legen deutlich an den Tag, dass er zwar augenscheinlich umfassend über die tatsächliche Schieflage der Bank informiert war, diese Informationen jedoch weder an die Bürgerschaft noch an die Öffentlichkeit weitergab. In diesem Zusammenhang tun sich Fragen auf:

- warum hat er seine Informationen nicht weitergegeben?
- Warum hat er nicht konsequent gehandelt?
- Mit wem hat er über die wirkliche Lage der Bank sprechen können?
- Warum hat er trotzdem auf weitere Kapitaleinschüsse hingewirkt?
- Seit wann war ihm bekannt, dass der IPO nicht weiter verfolgt wird?

Im Gegensatz zu Senator a.D. Freytag zeigte der damalige Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Werner Marnette mehr Skepsis. Herr Marnette trat am 9.Juli 2008 als Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr als Nachfolger von Herrn Austermann in die von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen geführte Landesregierung ein, trat jedoch schon am 20.März 2009 von seinem Amt wieder zurück. Als Begründung nannte er, dass seine Kritik an dem Umgang mit der HSH Nordbank Krise nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.

In seiner Befragung vor dem HSH PUA des Kieler Landtages führte Marnette u.a. wie folgt aus:

- eine erneute Kapitalspritze sei schon längst wieder erforderlich gewesen
- es wurde vertuscht, in Bilanzen wurden Vermögensbestandteile zu hoch und Schulden zu niedrig bewertet, erforderliche Abschreibungen erfolgten nicht
- die HSH hätte vollständig dem SoFFin unterstellt werden müssen
- jedoch hatten sowohl Finanzminister Wiegard und Senator Freytag der Bundesregierung gegenüber die Botschaft ausgegeben, die beiden Länder könnten die Rettung allein verkraften
- die Halbjahreszahlen 2010 wiesen ein Minus von fast 50 % im Basisgeschäft aus
- man fokussierte sich auf das Kreditersatzgeschäft, da die Bank der Ansicht war, allein mit regionalem Kreditgeschäft kein Geld verdienen zu können
- die Bank wurde in gewinnträchtige und internationale, aber risikoreiche Geschäfte geradezu getrieben, von denen sie allerdings wenig verstand
- Über Pressemeldungen am 28.Januar 2008 mit dem Inhalt, dass die HSH im Subprime-Sumpf stecke und den Börsengang absage, hätte Ole von Beust förmlich getobt, so kurz vor der Landtagswahl
- **Anstatt der tatsächlichen Lage der Bank ins Auge zu sehen, hätten Wiegard Freytag und Peiner März 2008 die Bank schöngeredet und das „einzigartige Geschäftsmodell" der Bank weiterhin gelobt.**
- Zitat Marnette aus der PUA Befragung:" Ich warne deshalb vor einer Kapitalerhöhung, die sofort verbrannt werden könnte.."
- Es war sehr schnell klar, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Peiner und der Hamburger Finanzsenator Freytag die HSH-Thematik dominierten.
- Zum Sanierungskonzept für HSH Nordbank, vorgestellt am Freitag, den 13. Februar 2009 erklärten Wiegard und Freytag, dass das Konzept schlüssig und alternativlos sei und zur Vermeidung einer Schließung der HSH durch die BaFin bis zum 24. Februar 2009, das heißt innerhalb von 11 Tagen, entschieden werden müsse.

Kurzfassung

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Hamburg, 21. Oktober 2010
Zu #494

Studie: „Tatort HSH Nordbank“

Die HSH Nordbank gerät nicht aus den Schlagzeilen. Nachdem das Bankinstitut Milliardenkredite, Eigenkapitalhilfen und Garantien der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der SoFFin zur »Bankenrettung« in Anspruch nehmen musste – und ein Ende ist nicht in Sicht, wie jüngst das Beispiel der HypoRealEstate erneut deutlich machte –, ist zunehmend von »Fallen stellen« und persönlichen Schlammschlachten die Rede.
Hinter diesen handfesten Skandalen steht ein größeres Problem: Die HSH Nordbank und andere Landesbanken verkörpern das Desaster von Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Global Player zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte aber nicht beherrschten und deswegen mit dem Geld der Bürger aus Schleswig-Holstein und Hamburg gnadenlos scheiterten, die jetzt die Zeche zahlen müssen. Um hohe Profite generieren zu können, wurde das erhöhte Risiko der getätigten Geschäfte vom Führungspersonal der Bank bewusst in Kauf genommen, was die zuständigen Bankmanager mehr oder minder »selbstbewusst« in den Befragungen der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse auch einräumen mussten.

Die Autoren – Joachim Bischoff, Knut Persson und Norbert Weber – des soeben erschienenen Buches

Tatort HSH Nordbank
Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten
(168 Seiten; 14.80 EUR; ISBN 978-3-89965-445-5,
VSA: Verlag Hamburg 2010 | www.vsa-verlag.de)

decken die Hintergründe für die massive Schieflage auf, in die die HSH Nordbank manövriert wurde. Sie liefern Zahlen zum vorläufigen Gesamtschaden, der zu Lasten des Steuerzahlers geht, analysieren die zugrunde liegende Finanzkrise sowie die Rolle der Landesbanken und machen deutlich, dass es Alternativen zu den halbherzigen Reformen des Bankensektors gibt.

Es geht in diesem Buch um das exemplarische Scheitern einer zur international agierenden Kapitalmarktbank aufgeplusterten Regionalbank. Dabei werden auch Strukturen und politische Akteure genauer betrachtet. Und es wird an das Kerngeschäftsfeld einer Landesbank erinnert, das darin bestehen sollte, Investitionsmittel für sinnvolle lokale und regionale Investitionen im Interesse der Bevölkerung bereitzustellen.

Vertretung in der Pressestelle bis 24. Oktober 2010
Kontakt: Roman Denter, Telefon 040 / 42 831 2445, Mobil 0163 / 361 34 04, Telefax 040 / 42 831 2255, pressestelle@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Für das gescheiterte Experiment auch der HSH Nordbank, auf den internationalen Finanzmärkten gute Erträge erwirtschaften zu wollen, um mit den Dividenden die maroden öffentlichen Haushalte zu stützen, müssen im Zweifelsfall die Steuerzahler enorme Summen aufbringen.

Den vorläufigen Gesamtschaden beziffern die Autoren wie folgt:

- 3,2 Mrd. Euro Kapitaleinschuss bei Gründung der Bank 2003 (Kurs 93 Euro/Aktie)
- 2,2 Mrd. Euro Umwandlung stiller Einlagen ins Eigenkapital (2007)
- 3,0 Mrd. Euro Kapitaleinschuss Herbst 2008 (19 Euro/Aktie, bei geschätztem Wert von 10 Euro/Aktie)
- *8,5 Mrd. Euro Summe der Einlagen: Hamburg und Schleswig-Holstein*

- 10,0 Mrd. Euro Garantie beider Länder
- 14,0 Mrd. Euro SoFFin-Garantien (2008 noch 30,0 Mrd. Euro)
- *24,0 Mrd. Euro Summe der Garantien*

- *Summe 32,5 Mrd. Euro: Einlagen und Garantien*

Das Eigenkapital wird im ersten Halbjahr 2010 mit 4,1 Mrd. Euro, die Risikovorsorge mit 5,2 Mrd. Euro (entspricht sinngemäß einer Rückstellung) angegeben. Auf der anderen Seite stehen den »Kreditqualitäten« (wie sie im Quartalsbericht 2-2010 bezeichnet werden) hoch ausfallgefährdete Wertpapiere in Höhe von mindestens 61,7 Mrd. Euro gegenüber.

Die Aktien der Bank stehen bei den Eigentümern noch mit 19 Euro in den Büchern. Selbst für die EU-Kommission ist dies eine angesichts sonstiger Bankaktien überhöhte Preisschätzung. Schon die früher festgesetzte Untergrenze von zehn Euro pro Aktie dürfte im wirklichen Wertpapierhandel nicht zu erzielen sein. Ob man überhaupt noch einen Euro für die Bank erlösen kann, ist ohnehin fraglich. Anders ausgedrückt: Würde man einen Käufer finden, der die Bank für einen Euro übernimmt (natürlich ohne Garantien, aber mitsamt der Risiken), wäre das ein glänzendes Geschäft für die Länder. Man müsste »nur« 8,5 Mrd. Euro abschreiben und nicht 32,5 Mrd. Euro.

Die Autoren gehen davon aus, dass der Gesamtschaden mindestens 32,5 Mrd. Euro beträgt.

Der frühere schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Werner Marnette bezifferte den Schaden auf 70 Mrd. Euro und sprach am 4.10.2010 im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Kiel von einer »Zeitbombe«. Ob die Autoren untertreiben oder Marnette übertreibt, sei dahingestellt. Der Schaden für die beiden Länder ist auf alle Fälle existenzgefährdend.

Dr. Joachim Bischoff ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, gehört dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank an.
Knut Persson, Diplom-Sozialwissenschaftler, arbeitete u.a. als Abteilungsleiter in einem Großunternehmen, unterrichtet heute Rechnungswesen sowohl für Studierende als auch für ALG I+II-BezieherInnen.
Norbert Weber, Bankkaufmann, Bankfachwirt und Bankbetriebswirt, war von 1976 an in der Kreditwirtschaft tätig; er gehört dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zur HSH Nordbank an.